

17. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten Clara Herrmann (GRÜNE)

vom 15. Oktober 2014 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 16. Oktober 2014) und **Antwort**

Anschläge auf Religionsgemeinschaften seit 2012 III - Synagogen

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung: Grundlage für die Beantwortung der Anfrage bildet der „Kriminalpolizeiliche Meldedienst in Fällen Politisch motivierter Kriminalität“ (KPMD-PMK). Dabei handelt es sich entgegen der „Polizeilichen Kriminalstatistik“ (PKS) um eine Eingangsstatistik. Die Fallzählung erfolgt tatezeitbezogen, unabhängig davon, wann das Ermittlungsverfahren an die Staatsanwaltschaft abgegeben wurde.

Die folgenden statistischen Angaben stellen keine Einzelstraftaten der Politisch motivierten Kriminalität (PMK) dar. Bei der Darstellung handelt es sich um Fallzahlen.

Ein Fall bezeichnet jeweils einen Lebenssachverhalt in einem engen räumlichen und zeitlichen Zusammenhang mit identischer oder ähnlicher Motivlage, unabhängig von der Zahl der Tatverdächtigen, Tathandlungen, Anzahl der verletzen Rechtsnormen oder der eingeleiteten Ermittlungsverfahren.

Die Fallzahlen der PMK unterliegen bis zum Abschluss der Ermittlungen – ggf. bis zum endgültigen Gerichtsurteil – einer Bewertung gemäß der angenommenen Tätermotivation. Darüber hinaus können Fälle der PMK erst nach dem Statistikschluss (z.B. bei Stichtagen oder Jahresabschlüssen) bekannt und entsprechend gezählt werden. Deshalb kommt es sowohl unter- als auch überjährig immer wieder zu Fallzahlenänderungen.

Die Fragen enthalten keine Definitionen der genutzten Begrifflichkeiten wie „Anschläge“ oder „Schändungen“. Insofern wurde zur Beantwortung auf begangene Straftaten aller Art abgestellt.

1. Wie viele Anschläge auf Synagogen oder jüdische Einrichtungen in Berlin gab es nach Kenntnissen des Senats seit dem Jahr 2012? (Bitte für jedes Jahr einzeln nach Ort, Name der Synagoge, Art des Anschlags und Schadenshöhe auflisten.)

2. Wie viele Schändungen von Synagogen oder jüdischen Einrichtungen durch Farbschmierereien etc. sind dem Senat seit dem Jahr 2012 in Berlin bekannt? (Bitte für jedes Jahr einzeln nach Ort, Name der Synagoge sowie Art der Schändung auflisten.)

Zu 1. und 2.: Eine Aufstellung der beim Polizeilichen Staatsschutz des Landeskriminalamtes (LKA) Berlin bekannt gewordenen Straftaten, bei denen Synagogen bzw. jüdische Einrichtungen direkt betroffen waren, ist als Anlage beigefügt. Angaben zur Schadenshöhe sind im KPMD-PMK nicht enthalten.

3. Bei welchen von diesen Anschlägen oder Schändungen von Synagogen konnten nach Kenntnissen des Senats mutmaßliche TäterInnen ermittelt werden?

Zu 3.: Zu welchen Fällen Tatverdächtige bekannt wurden, ist den als Anlage beigefügten Sachverhalten zu entnehmen.

4. Welche Kenntnisse hat der Senat über das jeweilige Tatmotiv der Anschläge oder Schändungen? (Bitte jährlich aufschlüsseln und mit der Angabe des Ortes und nach politischem oder religiösem Hintergrund auflisten – Politisch motivierte Kriminalität - rechts, Politisch motivierte Kriminalität - links, Politisch motivierte Ausländerkriminalität (getrennt nach mit und ohne Bezüge zum Islamismus), Sonstige? Wenn ein politischer Hintergrund ausgeschlossen wird, bitte begründen.)

Zu 4.: Sowohl Tatmotiv – sofern bekannt - als auch Phänomenbereich sind in der beigefügten Anlage enthalten.

5. Wie viele Morddrohungen gegen VertreterInnen von Synagogen oder jüdischen Verbänden gab es nach Kenntnissen des Senats seit 2012 in Berlin? (Bitte jährlich aufschlüsseln und mit der Angabe des Ortes und nach politischem und religiösem Hintergrund auflisten – Politisch motivierte Kriminalität - rechts, Politisch motivierte Kriminalität - links, Politisch motivierte Ausländerkriminalität (getrennt nach mit und ohne Bezüge zum Islamismus), Sonstige? Wenn ein politischer Hintergrund ausgeschlossen wird, bitte begründen.)

Zu 5.: Die Zugehörigkeit von Geschädigten bzw. Opfern zu Organisationen, Institutionen oder Religionsgemeinschaften wird im Rahmen der Vorgangsbearbeitung nicht mit einem gesonderten Merkmal erfasst, um ggf. stigmatisierende Recherchen (z. B. mit dem Ziel, Personenlisten nach Religionszugehörigkeit zu erstellen) auszuschließen. Die Frage kann entsprechend nicht beantwortet werden.

6. Welche Kenntnisse hat der Senat über besondere Sicherheitsvorkehrungen der örtlichen Polizeibehörden zum Schutz von Synagogen und jüdischen Einrichtungen in Berlin?

Zu 6.: Aus sicherheitsrelevanten Gründen werden keine konkreten Angaben zu polizeilichen Schutzmaßnahmen für Synagogen bzw. jüdische Einrichtungen im Rahmen der Beantwortung einer Schriftlichen Anfrage dargelegt. Grundsätzlich werden die polizeilichen Schutzkonzepte nach einer Gefährdungsbewertung im Einzelfall entwickelt und richten sich nach dem Gefährdungsgrad.

7. Inwiefern hält der Senat zusätzliche Sicherheitsmaßnahmen zum Schutz von Synagogen und jüdischen Einrichtungen in Berlin für erforderlich?

Zu 7.: Aufgrund der momentanen Gefährdungslage für Synagogen oder jüdische Einrichtungen werden derzeit keine zusätzlichen Schutzmaßnahmen als die bisher getroffenen für notwendig erachtet. Eine Beurteilung der Gefährdungslage erfolgt fortlaufend und berücksichtigt auch aktuelle Entwicklungen. Sollten gefährdungsrelevante Aspekte polizeiliches Handeln erforderlich machen, werden durch die Polizei Berlin, in Abstimmung mit anderen Behörden und Institutionen, lageangepasste Maßnahmen initiiert bzw. durchgeführt.

Berlin, den 27. Oktober 2014

In Vertretung

Bernd Krömer
Senatsverwaltung für Inneres und Sport

(Eingang beim Abgeordnetenhaus am 31. Okt. 2014)

Sachverhalte zum Nachteil von Synagogen und jüdischen Einrichtungen 2012 bis Stichtag 20. Oktober 2014

Die Sortierung erfolgt nach Phänomenbereich und Tatzeit.

Phänomen	Zähldelikt	Thema	Tatzeit	Sachverhalt	Straße	Hnr	Ortsteil	bekannt
ohne	§ 303 StGB		29.09.2012 09:00:00	Durch mehrere Personen wurde bemerkt, dass die an der Eingangstür der Synagoge "LEV TOV" befestigte Mezuzah auf dem Boden lag. Diese war ursprünglich mit einem doppelseitigen Klebeband befestigt. Daher besteht auch die Möglichkeit, dass sich diese möglicherweise selbständig gelöst hat. Die Mezuzah wurde nicht beschädigt.	Karlsbader Str.	16	Schmargendorf	nein
PMK-rechts	§ 130 StGB	asm	06.02.2012 08:00:00	Unbekannte Täterinnen/ Täter verbreiteten im Umfeld der Jüdischen Synagoge Zettel mit volksverhetzendem Inhalt.	Rykestr.	52	Prenzlauer Berg	nein
PMK-rechts	§ 303 StGB	asm	05.03.2012	Bei Gartenarbeiten auf dem Jüdischen Friedhof wurde festgestellt, dass die Verankerung der dortigen Skulptur "Jüdische Opfer des Faschismus" durch unbekannte Täter gelockert wurde.	Große Hamburger Str.	26	Mitte	nein
PMK-rechts	§ 130 StGB	N/S;asm	16.07.2012 12:00:00	Im Briefkasten der jüdischen Organisation Claims Conference, wurde ein Flugblatt antisemitischen Inhalts eingeworfen.	Brunnenstr.	181	Mitte	nein
PMK-rechts	§ 86a StGB	asm;V/P	16.09.2012 08:30:00	Unbekannte Täterinnen/ Täter beschmierten eine Personaltoilette im Jüdischen Krankenhaus mit Hakenkreuzen und einem Davidstern.	Heinz-Galinski-Str.	1	Gesundbrunnen	nein
PMK-rechts	§ 86a StGB	V/P	29.06.2013 22:50:00	Der Besch. befand sich auf dem Gehweg vor der Jüdischen Synagoge und zeigte in diese Richtung den Hitlergruß.	Joachimstaler Str.	13	Charlottenburg	ja

Phänomen	Zähldelikt	Thema	Tatzeit	Sachverhalt	Straße	Hnr	Ortsteil	bekannt
PMK-rechts	§ 130 StGB	asm	22.11.2013 23:59:00	Der Besch. hielt sich im Tatzeitraum mehrfach vor der Jüdischen Heinz-Galinski-Grundschule auf und äußerte sich antisemitisch.	Waldschulallee	68	Westend	ja
PMK-rechts	§ 130 StGB	asm;V/P	16.03.2014 20:10:00	Ein unbekannter männlicher Täter rief das Pförtnertelefon vom Jüdischen Krankenhaus an und äußerte sich antisemitisch.	Heinz-Galinski-Str.	1	Gesundbrunnen	nein
PMK-rechts	§ 185 StGB	asm	20.03.2014 04:56:00	Eine unbekannte männliche Person rief beim Jüdischen Krankenhaus an und äußerte sich antisemitisch.	Heinz-Galinski-Str.	1	Gesundbrunnen	nein
PMK-rechts	§ 185 StGB	asm	21.03.2014 01:30:00	Der Pförtner des Jüdischen Krankenhauses nahm mehrere Anrufe entgegen, in denen antisemitische Äußerungen getätigt wurden.	Heinz-Galinski-Str.	1	Gesundbrunnen	nein
PMK-rechts	§ 86a StGB	asm;V/P	16.09.2014 13:30:00	Beim Verlassen der Heinz-Galinski-Grundschule bemerkte die Geschädigte vier Jugendliche, die entrüstet in Gebärdensprache auf die Aufschrift "Grundschule der Jüdischen Gemeinde zu Berlin" zeigten und gestikulierten. Ein Jugendlicher schaute die Lehrerin herablassend an und zeigte dann den Hitlergruß.	Waldschulallee	73	Westend	nein
Sonstige	§ 303 StGB	IPK	07.08.2014 07:00:00	Unbekannte Täterinnen/ Täter sprühten die Worte "ISRAEL = NAZISTAAT" auf die Hauswand eines Gebäudes auf dem jüdischen Friedhof.	Mehringdamm	21	Kreuzberg	nein

Legende

Abkürzung	Bezeichnung
AK	Antikapitalismus
asm	antisemitisch

Abkürzung	Bezeichnung
Besch.	Beschuldigte/ Beschuldigter
fref	fremdenfeindlich
K/P	Konfrontation/Politische Einstellung
N/S	Nationalsozialismus/Sozialdarwinismus
ohne	Staatsschutzkriminalität ohne explizite politische Motivation, keine Vergabe von Themenfeldern
Pkw	Personenkraftwagen
PMAK	Politisch motivierte Ausländerkriminalität
PMK-links	Politisch motivierte Kriminalität - links
PMK-rechts	Politisch motivierte Kriminalität - rechts
Pol	Polizei
polGeg	gegen sonstige politische Gegnerinnen/ Gegner
Rass	Rassismus
Rel	Religion
SoA	Sozialabbau
StGB	Strafgesetzbuch
UvA	Unterbringung von Asylbewerberinnen/ Asylbewerbern
VersG	Versammlungsgesetz
V/P	Verherrlichung Propaganda